

05.02.2016

Politik Deutschland

Folgen der Digitalisierung

Folgen der Digitalisierung

Industrie 4.0 braucht einen Sozialstaat 4.0

Die Digitalisierung kann zur Belastungsprobe für den deutschen Sozialstaat werden. Reformen sind dringend notwendig, sonst drohen schmerzhaft Einbußen bei den Renten- und Krankenkassen. Eine Analyse.

Die Digitalisierung kann in Deutschland das Wachstum stimulieren. Gerade in reifen Volkswirtschaften dürften die neuen IT- Möglichkeiten die Produktivität erhöhen und neue Geschäftsideen die gesamtwirtschaftliche Leistung steigern. Gleichzeitig ist nicht zu leugnen, dass dieser technologische Schub große individuelle Risiken birgt. Etablierte Unternehmen müssen fürchten, dass ihr traditionelles Geschäftsmodell wegbricht, und die Beschäftigten, dass ihre Arbeit von Computern und Robotern erledigt wird.

Versicherungen können individuelle Risiken auf viele Schultern verteilen und sie so kalkulierbar und beherrschbar machen. Die Chancen einer Volkswirtschaft, von der Digitalisierung zu profitieren, sind umso größer, je ausgeprägter ihre Fähigkeit ist, die Produktivität steigernde Risiken einzugehen. Dies zeigte Hans-Werner Sinn bereits in seiner Münchener Antrittsvorlesung vor mehr als 30 Jahren.

So wagten viele Kaufleute im 14. Jahrhundert in Venedig erst, sich an lukrativen Seereisen zu beteiligen, als es die Seeverversicherung gab. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Schiff verloren ging, blieb unverändert, doch verringerte sich das individuelle Risiko deutlich. Die Folge war ein rasanter Wohlstandszuwachs. Sinns Schlussfolgerung: Auch Sozialversicherungen schaffen nicht nur Sicherheit für den Einzelnen, sie können ebenso durch die damit verbundene Möglichkeit, neue oder höhere Risiken einzugehen, ein das Wachstum stimulierendes Instrument sein.

Niedrige Löhne werden hoch belastet

Die Digitalisierung kann zur Belastungsprobe für den deutschen Sozialstaat werden. Errungenschaften wie Kündigungsschutz, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen, Mindestlöhne sowie Koalitionsfreiheit könnten unter Druck geraten. Dies aber nicht in erster Linie wegen einer oft befürchteten Massenarbeitslosigkeit, sondern als Folge eines Schwindens des Normalarbeitsverhältnisses zugunsten befristeter Projektarbeiten und selbstständiger Erwerbstätigkeit sowie einer Polarisierung der Arbeitsentgelte.

Auf einen damit verbundenen Rückgang der Lohneinkommen zugunsten der Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Kapitaleinkommen ist das Abgabensystem nicht geeicht. Heute werden Grund und Boden sowie Vermögen gering, niedrige Löhne aber hoch belastet. Zudem basiert die Rentenversicherung auf den Lohneinkommen und ist dem Äquivalenzprinzip verpflichtet. Hier sind Reformen nötig, um den Sozialstaat mit dem Digitalzeitalter zu versöhnen.

Zunächst muss eine Antwort auf das selbstständige, sozialabgabenfreie Crowdfunding gefunden werden. Honoriert werden diese neuen plattformgestützten Angebote wie etwa Transportleistungen und vor allem IT-Arbeiten auf Basis von Werkverträgen. Da Auftraggeber oder die vermittelnde Plattform oft im Ausland sitzen, gelten die deutschen Gesetze zur Scheinselbstständigkeit nicht. Die Folgen sind Beitragsausfälle der Sozialkassen und Versorgungslücken bei einer wachsenden Zahl von Erwerbstätigen.

Daher sollte in Anlehnung an die Krankenversicherungspflicht eine Rentenversicherungspflicht für bisher nicht obligatorisch abgesicherte Erwerbstätige eingeführt werden. Soziale Schutzbedürfnisse hängen nicht von der Art der Erwerbstätigkeit ab.

Es braucht eine politische Reaktion

Zudem sollte die im Koalitionsvertrag verankerte Lebensleistungsrente eingeführt werden. Idee dieses Konzepts ist es, die lohnbezogene Rente für langjährig im Niedriglohnbereich Arbeitende über das Fürsorgeniveau aufzustocken. So könnte die Attraktivität der gesetzlichen Rente gerade für Geringverdiener erhöht und könnten verteilungspolitisch motivierte Widerstände gegen die Digitalisierung abgebaut werden.

Ferner ist zu prüfen, die Arbeitgeberanteile statt an der Lohnsumme an der gesamten kapitalintensiven Wertschöpfung zu bemessen, um die finanzielle Basis der Sozialversicherung zu verbreitern. Zwar kamen ältere Studien zum Ergebnis, die Wertschöpfungsabgabe schwäche Produktivitätswachstum und Wettbewerbsfähigkeit und so die Beschäftigung. Es ist aber möglich, dass Rechnungen unter den Bedingungen der Industrie 4.0 zu gegenteiligen Resultaten kämen. Um die Sozialsysteme im Gleichgewicht zu halten, wären ansonsten höhere Bundeszuschüsse nötig, denen Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle folgen würden.

Deutschland soll in Europa ein Digitalisierungsvorreiter sein. Es wird auch das erste Land sein, das mit der neuen Arbeitswelt und den Veränderungen der Erwerbstätigkeit und der Einkommensverteilung konfrontiert sein wird. Reagiert die Politik nicht rechtzeitig darauf, wird sie schon bald wieder vor schmerzhaften Renten- und Gesundheitsreformen stehen. Die Digitalisierung würde rasch zu einem Kampfbegriff verkommen - die gute Chance, dass Deutschland zum Gewinner dieser vierten industriellen Revolution wird, würde vertan.